



Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe zum Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2018 bis 2021

Stellungnahme des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP) zum Fragenkatalog der Fraktionen

Januar 2023

I. Hintergrund und Zusammenfassung

Humanitäre Bedarfe steigen weltweit rapide an. Während 2019 noch 27,8 Milliarden US-Dollar benötigt wurden, waren es 2022 mit 51,7 Milliarden US-Dollar fast doppelt so viele Mittel, um die Not zu lindern (OCHA FTS, 2022). Klimakrise, Kostenkrise, Angriffskrieg auf die Ukraine: Die Ursachen des Leids sind vielfältig, doch eng miteinander verknüpft. Hunger ist oft Symptom und Ursache zugleich. Während die Welt mit einer globalen Ernährungskrise zu kämpfen hat, klafft die Finanzierungslücke für humanitäre Hilfe immer weiter auf. Um mit der wachsenden Not Schritt halten zu können, muss humanitäre Hilfe im Rahmen des Grand Bargain effektiver und effizienter gestaltet werden. Die miteinander verwobenen Krisen, die zu Hunger führen, müssen zusammen gedacht und zusammen angegangen werden. Als zweitgrößter Geber in der humanitären Hilfe und einer der wichtigsten Partner des UN-Welternährungsprogramms (WFP) nimmt Deutschland eine zentrale Rolle im humanitären System und bei dessen Weiterentwicklung ein. Insbesondere vorausschauende humanitäre Hilfe, der Schutz von humanitärem Raum oder hochwertige Finanzierung wurden durch Deutschland im Berichtszeitraum maßgeblich vorangetrieben. Diese Vorreiterrolle gilt es jetzt weiter auszubauen. Damit Ernährungshilfe auch 2023 eine wirksame Stellschraube sein kann, um vernetzte Krisen nachhaltig zu bekämpfen, identifiziert WFP vier Handlungsempfehlungen für die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland:

- Vorausschauende humanitäre Hilfe weiter ausbauen
- Humanitäre Budgets an Krisenlage anpassen und Errungenschaften im Bereich mehrjährige und flexible Finanzierung verstetigen
- Humanitäres Gewicht und Vorreiterrolle in internationalen Foren sowie dem Grand Bargain 3.0. Prozess nutzen, um Unterstützung durch andere Geber zu mobilisieren
- Humanitäre, entwicklungsorientierte und friedensfördernde Ansätze entlang des Humanitarian-Development-Peace-Nexus (HDP-Nexus) besser verzahnen, um humanitäre Bedarfe langfristig zu reduzieren.

II. Die globale Ernährungskrise

Die 3 Ks - Klimakrise, Konflikte, Kostenexplosionen sowie die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie - haben die Welt in eine historische Hungerkrise gestürzt. 349 Millionen Menschen in 79 Ländern hungern akut. Das ist ein erschreckender Anstieg um 200 Millionen Menschen im Vergleich zu vor der Pandemie. Mehr als 900.000 Menschen in Somalia, Afghanistan, Äthiopien, Haiti, Südsudan und Jemen drohen zu verhungern. Das

sind 10-mal mehr Menschen als noch vor 5 Jahren, die Tag für Tag ums Überleben kämpfen. Diese Zahlen alarmieren und die vielen Einzelschicksale und Geschichten, die sich dahinter verbergen, bestürzen. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine hat schmerzlich vor Augen geführt, wie eng Ernährungs- und Energiesicherheit, Konflikte und Klimakrise miteinander verwoben sind und globale Abhängigkeiten sichtbar gemacht.

Als große Nahrungs- und Düngemittelproduzenten spielen Russland und die Ukraine eine entscheidende Rolle für die globale Ernährungssicherheit. Globale Nahrungsmittelpreise sind auf einem 10-Jahres Hoch, 76 Länder sind von Preissteigerungen über 15 Prozent betroffen. Obwohl auch die Menschen in Deutschland wegen steigender Nahrungsmittelpreise tiefer in die Tasche greifen müssen, ist die Inflation zum Glück nur für wenige existenzbedrohend. Wirft man einen Blick in arme Länder des globalen Südens, wo Menschen gar 80 Prozent ihres Einkommens für Nahrung ausgeben müssen, werden aus Schwankungen auf dem Weltmarkt Hunger und Elend. Bleiben die Teller leer, droht das auch bestehende Spannungen anzuzünden. Die ersten besorgniserregenden Entwicklungen sehen wir bereits in Haiti, Sri Lanka oder den Ländern der Sahelzone. Überlagert wird dieser Krisencocktail von der Klimakrise. Erst im Juni 2022 setzten Überschwemmungen in Pakistan nach Hitzewellen von 45 Grad ein Drittel des Landes unter Wasser und zerstörten 4,4 Millionen Hektar fruchtbares Ackerland, Vieh und Ernten. Seitdem haben sich die Hungerzahlen in dem Land, das bereits mit den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie und der globalen Ernährungs- und Energiekrise zu kämpfen hat, auf 14,6 Millionen Menschen verdoppelt. Am Horn von Afrika hat anhaltende Dürre 22 Millionen Menschen in den Hunger getrieben. Somalia ist besonders schlimm betroffen. Wenn wir es nicht schaffen, klimaschädliche Emissionen einzudämmen, dann könnten wir bis Ende des Jahrhunderts ganze 30 Prozent der weltweit produzierten Nahrungsmittel verlieren. Das hat auch Konsequenzen für Sicherheit.

Was tun angesichts dieser globalen Krisenspirale? Hunger ist Symptom und Ursache zugleich und Ernährungshilfe eine wichtige Stellschraube, die weit mehr kann als volle Teller. Wenn wir Ernährungshilfe umfassend begreifen, können wir Not noch vor der Krise lindern, Ernährungssysteme stärken, Klima schützen, Frauen fördern und Wege in Richtung Frieden ebnen.

Deutschland und WFP: Gemeinsam gegen die globale Ernährungskrise

2022 konnte WFP 133 Millionen Menschen mit umfassender Ernährungshilfe erreichen. Das umfasst lebensrettende Hilfe in akuten Krisen in Form von Nahrungsmitteln, Bargeld sowie die Behandlung von Mangelernährung durch Spezialnahrung. Gleichzeitig setzt WFP an den Ursachen an und unterstützt gefährdete Menschen dabei, sich langfristig selbst ernähren zu können. Deutschland ist mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zweitgrößter Geber von WFP und unterstützte die Hilfen 2022 mit einer Rekordsumme.

Dass die lebensrettende Hilfe von WFP auch in Zeiten steigender humanitärer Bedarfe nicht abreißt, daran hat Deutschland großen Anteil. 2022 trug das Auswärtige Amt signifikant zur lebensrettenden Nothilfe und humanitären Logistik von WFP bei.

Mit Hilfe dieser Mittel konnte WFP nach dem Angriff auf die Ukraine Menschen im Land und den Nachbarländern mit dringender humanitärer Ernährungshilfe unterstützen. Deutsches Geld hat auch Transport und Verteilung von ukrainischem Getreide durch WFP ermöglicht, nachdem die Exporte aus Schwarzmeerbahnen wieder aufgenommen wurden. Im Rahmen des sogenannten Schwarzmeer-Getreideabkommens hat WFP über 406.000 Tonnen Getreide aus ukrainischen Häfen in die Brennpunkte des Hungers, etwa Äthiopien, Jemen oder Afghanistan, transportiert und so geholfen zu verhindern, dass 100 Millionen Menschen in Armut abrutschen. In Somalia konnte WFP die Nothilfe auf vier Millionen Menschen ausweiten und eine Hungersnot durch frühzeitige Maßnahmen vorerst abwenden. Wo immer möglich, setzt WFP verstärkt auf Bargeldtransfers. Bargeld ist nicht nur schnell einsetzbar und stärkt lokale Märkte, sondern ermöglicht Familien in Not eine würdevolle und selbstbestimmte Unterstützung. Im letzten Jahr hat WFP Bargeld in Höhe von 2,2 Milliarden US-Dollar in 72 Ländern eingesetzt.

Bedeutung von vorausschauender humanitärer Hilfe und hochwertiger Finanzierung

Weitere Zuwendungen des Auswärtigen Amts kamen unter anderem Hungernden in Ostafrika, Jemen und Afghanistan zugute, förderten frühzeitige Hilfe vor Klimakatastrophen oder halfen, humanitäre Flüge (UNHAS) für die gesamte humanitäre Gemeinschaft in abgeschnittene Landesteile Haitis und vielen anderen Ländern aufrechtzuerhalten. Insbesondere die vorausschauende humanitäre Hilfe schafft es, rechtzeitig mit Hilfe von Frühwarnsystemen auf Bedrohungen durch die Klimakrise zu reagieren. Als Wetterprognosen in Somalia eine weitere Verschlechterung der Dürre ankündigten, übermittelten WFP und die somalische Regierung Frühwarnmeldungen an 1,2 Millionen Menschen. Gleichzeitig wurden 117.000 gefährdete Menschen in abgelegenen Gebieten noch vor Eintritt der Katastrophe mit Bargeld unterstützt, um sicherzustellen, dass sie über die nötigen Ressourcen verfügen, um sich und ihre Lebensgrundlagen zu schützen. Das rettet nicht nur Menschenleben, sondern verringert auch die Kosten für humanitäre Hilfe in einer Zeit, in der Ernährungshilfe kaum noch mit der steigenden Not Schritt halten kann. Auch die hohen flexibel und mehrjährig einsetzbaren Zuwendungen Deutschlands sind wertvoll für WFP denn sie ermöglichen, auf humanitäre Not, oft über Landesgrenzen hinweg und abseits des öffentlichen Fokus, schnell und effizient zu reagieren.

Gegen zukünftige Krisen wappnen: Verzahnte Ansätze entlang des *Humanitarian-Development-Peace-Nexus* (HDP-Nexus)

Wenn wir Hungerursachen langfristig bekämpfen und lokale Bevölkerungen in die Lage versetzen wollen, künftigen Schocks wie Klimafolgen besser zu begegnen, müssen wir humanitäre Hilfe besser mit Resilienz und friedensfördernden Maßnahmen verzahnen und in mittel- und langfristig ausgerichtete Programme investieren. Wie das funktioniert, sehen wir in unseren mehrjährigen Programmen im Sahel, wo WFP im Wortsinn ganz unten ansetzt. Dort macht WFP gemeinsam mit Dorfgemeinschaften Böden wieder fruchtbar, baut nachhaltige Infrastruktur wieder auf und schafft Perspektiven für Jugendliche. Dabei verfolgt WFP einen partizipativen Ansatz und bezieht Betroffene von Anfang an in die Gestaltung der Programme mit ein. Wir stärken Kleinbäuer*innen durch traditionelle, klimaresistente Anbaumethoden, verbinden sie mit neuen Märkten und verringern langfristig Abhängigkeiten. In Schulmahlzeitenprogrammen fördern wir Bildung - vor allem von Mädchen -, investieren mit lokal produziertem Schulessen in gesunde Ernährung und kurbeln die lokale Wirtschaft an. In der Zeit zwischen den Ernten erhalten gefährdete Familien Bargeldtransfers oder Ernährungshilfe, damit sie nicht in Hunger und Armut abrutschen. Komplementär zu den Aktivitäten von WFP setzt UNICEF (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen) Maßnahmen z.B. im Bereich WASH (*Water, Sanitation and Hygiene*) oder Bildung in den denselben Dorfgemeinschaften um. So wird die Wirkung der Programme erhöht. Trotz besorgniserregender Hungerzahlen in Niger benötigten 80 Prozent der Dörfer, die an WFP-Resilienzprogrammen teilnehmen, im letzten Jahr keine humanitäre Hilfe.

Ausblick auf 2023

Diese Erfolge stimmen hoffnungsvoll. Dennoch steht das humanitäre System 2023 vor existenziellen Herausforderungen. Steigende Preise für Nahrungsmittel, Treibstoff und Düngemittel sorgen dafür, dass die verfügbaren Mittel, kaum mit der humanitären Notlage mithalten können. Blicken wir auf die Ukraine als weltweit fünftgrößten Nahrungsmittelproduzenten, so verzeichnet das Land dramatische Erntedefizite (z.B. bei Weizen um -40 Prozent). Die 17 Millionen Tonnen Getreide, die bisher über das Schwarzmeerabkommen transportiert werden konnten, stammen aus der Ernte vor dem Krieg. Nicht explodierte Geschosse machen produktive Felder in der Ukraine jetzt zu tödlichen Fallen für Bauern und Bäuerinnen – mit potenziellen Folgen für die ganze Welt. Gestiegene Gaspreise wirken sich gleichzeitig auf die Produktion und Verfügbarkeit von Düngemittel aus. Das drängt insbesondere Kleinbäuer*innen in armen Ländern des globalen Südens aus der Landwirtschaft und droht Enten weltweit zu verringern. Die gute Nachricht: Noch zeigen erste Prognosen, dass Mais, Reis und Weizen auch bei Produktionsausfällen durch Düngemittelknappheit, in Ländern in denen WFP hilft, durch regional verfügbare Getreidevorräte ausgeglichen werden könnten. Auf Länderebene – vor allem in Ländern in Ost- und dem südlichen Afrika – drohen Produktionsausfälle, nationale Vorräte zu übersteigen. Ein Ausgleich über Nahrungsmittelimporte ist schwierig. Viele Länder sind nach den wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie hoch verschuldet. Durch die gestiegenen Nahrungsmittelpreise werden importierte Lebensmittel nicht nur teurer, auch wird der Preisanstieg durch die Abwertung der lokalen Währung gegenüber dem US-Dollar noch verstärkt. Länder südlich der Sahara haben 2022 etwa 4,8 Milliarden US-Dollar mehr für Nahrungsmittelimporte ausgegeben als im Vorjahr. Dennoch erhielten sie mit einem verringerten Importvolumen in Höhe von 0,7

Milliarden US-Dollar weit weniger Nahrungsmittel als 2021. Das Zusammenwirken von hoher Inflation, steigenden Zinsen, geringen Investitionen und dem Krieg in der Ukraine lasten schwer auf der Weltkonjunktur. Eine globale Rezession würde vor allem die Entwicklung der Subsahara-Länder treffen. Dort konzentriert sich 60 Prozent der extremen Armut weltweit.

Die globale Ernährungskrise ist zum Jahresbeginn 2023 nicht vorbei. Um die Menschen, die von ihr betroffen sind, weiter unterstützen zu können, braucht es den Einsatz gegen Hunger auf allen Ebenen und den fortwährenden Austausch darüber, wie wir humanitäre Hilfe noch effizienter gestalten können, um die klaffende Finanzierungslücke zu schließen. Deutschland hat die Unterstützung für WFP seit 2015 fast versechsfacht. Auch auf politischer Ebene haben das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in politischen Foren wie den G7, in Initiativen wie der Globalen Allianz für Ernährungssicherheit (GAFS) oder der auf der Weltklimakonferenz vorgestellte Globale Schutzschirm gegen Klimarisiken wichtige Prozesse angestoßen, um Ernährung zukünftig zu sichern. Der Kampf gegen den Hunger ist keine Einzeldisziplin. Um ihn zu bewältigen, müssen alle Akteure gemeinsam an einem Strang ziehen. Das letzte Jahr hat gezeigt, dass Deutschland ressortübergreifend handlungsfähig ist. Diese Zusammenarbeit gilt es auch 2023 in gemeinsames Handeln zu übersetzen.

III. Zum Grand Bargain

Angesichts dieser Herausforderungen bleibt der Grand Bargain ein zentrales Forum, das alle relevanten Akteure an einen Tisch bringt, um das humanitäre System nachhaltig zu verändern und die Wirkung humanitärer Mittel zu maximieren. Als Grand Bargain-Unterzeichner und weltweit größte humanitäre Organisation hat sich WFP von Beginn an dazu verpflichtet, effizienter zu helfen und eine konstruktive Rolle im Reformprozess einzunehmen. Sowohl im ursprünglichen Grand Bargain im Rahmen des World Humanitarian Summits als auch im Grand Bargain 2.0 Prozess hat sich WFP aktiv eingebracht. So war WFP etwa Mitglied der Steuerungsgruppe des Grand Bargain (*Facilitation Group* (2019-2021)) und während des Grand Bargain 2.0 Mitglied in den politischen Ausschüssen („caucuses“) zur Koordination von Bargeldprogrammen und zu qualitativ hochwertiger Finanzierung.

Zum Grand Bargain 2.0 Prozess

Der Grand Bargain konnte zwar in den ersten fünf Jahren Fortschritte erzielen, beispielsweise hinsichtlich einer deutlichen Ausweitung von Bargeldhilfe, einer verbesserten interinstitutionellen Bedarfsanalyse sowie der Verankerung der Lokalisierungsagenda im humanitären Sektor. Trotzdem bestand weitgehend Konsens, dass keine substanziellen Veränderungen bei prioritären humanitären Themen, wie etwa der Flexibilisierung von Mitteln oder Lokalisierung, erreicht werden konnten — oftmals aufgrund politischer Hürden. Seit Sommer 2021 läuft der Folgeprozess (Grand Bargain 2.0). Angesichts gemischter Fortschritte haben sich WFP und andere UN-Organisationen für ein vereinfachteres und fokussiertes Format ausgesprochen, das sich nicht mit anderen Foren überschneidet. Dies konnte durch die Einführung von zwei grundlegenden Prioritäten und einem neuen Arbeitsformat teilweise adressiert werden.

Der Folgeprozess konzentriert sich auf **zwei Prioritäten: (1) hochwertige Finanzierung bei gleichzeitiger Transparenz und (2) eine stärkere Rolle lokaler Akteure, sowie stärkere Einbindung Betroffener bei der Gestaltung von Hilfsmaßnahmen.** WFP begrüßt außerdem die Einführung einer neuen, fokussierten Arbeitsweise, durch das Format der politischen Ausschüsse („caucuses“). Sie bietet die Möglichkeit politische Hürden durch klare Fragestellungen und enge Zeitvorgaben sowie Verhandlungen auf Ebene hochrangiger Vertreter*innen zu überwinden und Ergebnisse zu erzielen.

Im Ausschuss zur Koordination von Bargeldtransfers, in dem sich WFP zusammen mit Gebern, anderen UN-Organisationen, NGOs (Nichtregierungsorganisationen), Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung und lokalen Akteuren eingebracht hat, konnte etwa ein neues Koordinationsmodell für Bargeldhilfen entwickelt und verabschiedet werden. Das Modell sieht die Einrichtung einer globalen Beratungsgruppe zu Bargeldtransfers (*Cash Advisory Group*) sowie von Koordinierungsgruppen auf Länderebene (*Cash Working Groups*) für die

übergeordnete Bargeldhilfekoordination vor. Insgesamt bleiben auch die Ergebnisse hinsichtlich des Grand Bargain 2.0 gemischt. Dies lässt sich teilweise auf weiterhin bestehende schwerfällige Entscheidungsprozesse zurückführen. Zudem haben überschneidende Diskussionen in anderen Foren die Ergebnisfindung erschwert. Unklarheiten bestehen auch darüber, inwieweit eine Umsetzung der Verpflichtungen aus den politischen Ausschüssen nachgehalten und überprüft wird.

Zu den Prioritäten des GB 2.0

Hochwertige Finanzierung

Im Abschlussdokument des Ausschusses für hochwertigere Finanzierungen konnten Vereinbarungen zur Erhöhung mehrjähriger Finanzierungen festgehalten werden. WFP begrüßt, dass sich bereits eine Reihe von Gebern verpflichtet hat, mehrjährige Finanzierungen bis 2023 zu erhöhen - wenngleich mit unterschiedlichen Zielen. Der Ausschuss hat sich insbesondere auf mehrjährige Finanzierung konzentriert. Flexible Finanzierungen wurden nicht behandelt.

Deutschland nimmt bei mehrjährigen und flexiblen Zuwendungen in der humanitären Hilfe eine Vorreiterrolle ein und ist damit seinen Verpflichtungen innerhalb des Grand Bargain nachgekommen. Auch mit Blick auf Zuwendungen an WFP hat Deutschland flexible und mehrjährige Förderungen deutlich ausgebaut und war 2022 größter flexibler Geber von WFP. Das erlaubt WFP, effizient auf sich rapide entwickelnde Krisen zu reagieren.

Bereits 2016 verpflichtete sich WFP, 25 Prozent der Zuwendungen an lokale Implementierungspartner weiterzugeben. Diese Selbstverpflichtung wurde im Grand Bargain 2.0 bekräftigt. Seit 2019 kommt WFP dieser Zielsetzung fast durchgängig nach. Zudem hat sich WFP zu Rechenschaft und Transparenz gegenüber Gebern verpflichtet, um den Mehrwert von flexiblen und vorhersehbaren Finanzierungen sichtbar zu machen. Darüber hinaus hat sich WFP verpflichtet, die Instrumente zur Erfassung von hochwertiger Finanzierung an lokale Partner weiter zu verbessern.

Stärkung der Rolle lokaler Akteure sowie stärkere Einbindung Betroffener bei der Gestaltung von Hilfsmaßnahmen

WFP begrüßt, dass die Rolle und Partizipation von nationalen und lokalen Akteuren im Rahmen der neuen Organisationsstruktur des Grand Bargain 2.0 gestärkt werden konnte. Vertreter*innen von lokalen und nationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen erhielten etwa einen Sitz in der Steuerungsgruppe, um sicherzustellen, dass die Perspektive lokaler Akteure reflektiert wird. Dies wurde von den Ländern des globalen Südens als positives Signal aufgefasst, da so direkter Einfluss auf Entscheidungsprozesse des Grand Bargain genommen werden kann. Ein weiteres Beispiel sind die neuen nationalen Referenzgruppen - Koordinationsforen von lokalen und nationalen Akteuren auf Länderebene -, die sicherstellen sollen, dass globale Selbstverpflichtungen positive Wirkungen für betroffene Bevölkerungsgruppen haben. Die Umsetzung dieses Mechanismus ist allerdings noch in einer frühen Phase - die Strukturen befinden sich erst im Aufbau. Zwei der drei Selbstverpflichtungen von WFP zu hochwertiger Finanzierung (siehe oben) stärken auch lokale Partner. Eine möglichst direkte Weitergabe von mindestens 25 Prozent der Mittel an lokale Akteure verringert Transaktionskosten und erhöht die Wirkung humanitärer Hilfe für betroffene Bevölkerungsgruppen. Auch die Verbesserung der Datenerfassung ist hier relevant.

WFPs Zusammenarbeit mit lokalen Partnern

Partnerschaften zwischen lokalen, nationalen und internationalen Akteuren sind essenziell, um die Lokalisierungsagenda voranzutreiben, die Rolle lokaler Akteure zu stärken und Kapazitäten aufzubauen. Sie sind nicht nur ein wichtiges Instrument, um die Bereitstellung humanitärer Hilfe zu verbessern, sondern stellen auch sicher, dass lokale Akteure und betroffene Bevölkerungsgruppen in Design, Implementierung und Monitoring von Programmen eingebunden werden.

WFP verfolgt bei der Umsetzung seiner Programme einen lokalisierten Ansatz: WFP arbeitet sehr dezentral und mit starker Feldpräsenz in über 120 Ländern und Regionen. Dabei kooperiert WFP mit 977 NGO-Partnern. Der

Großteil davon (804) sind lokale NGOs (Stand 2021), darunter auch *“Community-Based-Organizations”* und lokale Bäuer*innenorganisationen. Mit unabdingbaren Kenntnissen lokaler Kontexte und als kommunikative Schnittstelle zu Betroffenen haben Partnerorganisationen eine herausragende Bedeutung für unsere Arbeit. Auf Länderebene stärkt WFP Kapazitäten von Regierungen, lokalen Partnern und dem Privatsektor in 117 Ländern. Diese Programme tragen dazu bei, institutionelle Kapazitäten lokaler Partner zu verbessern, Partnerschaften auf Augenhöhe zu fördern und eine bessere lokale Koordinierung sicherzustellen. Diese Ansätze werden in WFPs Strategischem Plan (2022-25) bekräftigt. Ein Beispiel für erfolgreiche Lokalisierung ist das UN-Partner-Portal (UNPP), das 2018 von WFP, UNICEF und UNHCR (UN-Flüchtlingskommissariat) eingeführt wurde. Das Portal ermöglicht lokalen Partnern gleichzeitigen Zugang zu Kooperationsmöglichkeiten mit mehreren UN-Partnern und reduziert den Verwaltungsaufwand

Grand Bargain 3.0 Prozess: Wie weiter mit dem Grand Bargain?

Der Grand Bargain 2.0 Prozess endet im Juni 2023. Trotz gemischter Fortschritte mit Blick auf zentrale humanitäre Themen und im Bereich Selbstverpflichtungen der Unterzeichner betrachtet WFP den **Grand Bargain als zentrales Forum zur Reformierung des humanitären Systems. Angesichts rasant steigender Bedarfe ist es wichtiger denn je, humanitäre Hilfe unter Einbindung aller relevanten Akteure effektiver zu gestalten.**

Hinsichtlich eines Nachfolgeformats (*“Grand Bargain 3.0”*) hat sich WFP unter anderem für eine schlankere Organisationsstruktur (z.B. weniger Arbeitsbereiche) ausgesprochen. Der Fokus sollte auf wenige wichtige Themen gelegt werden. Dopplungen mit anderen Foren und fehlende Koordination entlang der politischen Ausschüsse sollen vermieden werden. WFP plädiert auch dafür, den Themenkomplex hochwertiger Finanzierung - insbesondere flexible Finanzierung - in einem Folgeprozess weiter zu bearbeiten. Es wäre wünschenswert, dass sich die Gebergemeinschaft aktiv in diesen Prozess einbringt. WFP begrüßt daher Deutschlands jüngste Bemühungen, die Diskussion zu flexibler Finanzierung anzustoßen. Deutschland ist ein Schwergewicht im Bereich flexibler Finanzierung und könnte diese Debatte in der Gebergemeinschaft maßgeblich vorantreiben. Angesichts drastisch angestiegener humanitärer Bedarfe spricht sich WFP dafür aus, die Diskussion auf weitere Aspekte des „High-Level Panel on Humanitarian Financing“ auszuweiten, insbesondere auf die Finanzierungslücke. Deutschlands aktive Rolle im Grand Bargain 2.0. Prozess ist begrüßenswert. Dass Deutschland sich auch im Folgeprozess aktiv in die Ausgestaltung einbringen möchte - auch als Mitglied der Steuerungsgruppe – sendet ein wichtiges Signal für die Relevanz des Grand Bargain 3.0.

IV. Handlungsempfehlungen

Als zweitgrößter Geber in der humanitären Hilfe und einer der wichtigsten Partner WFPs nimmt Deutschland eine zentrale Rolle im humanitären System und bei dessen Weiterentwicklung ein. Insbesondere vorausschauende humanitäre Hilfe, der Schutz von humanitärem Raum oder hochwertige Finanzierung werden mit deutscher Unterstützung maßgeblich vorangetrieben. Diese Vorreiterrolle gilt es jetzt weiter auszubauen. Damit Ernährungshilfe auch 2023 eine Stellschraube sein kann, um vernetzte Krisen nachhaltig zu bekämpfen, identifiziert **WFP vier Handlungsempfehlungen für die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland:**

1. Vor der akuten Krise helfen: Vorausschauende humanitäre Hilfe weiter ausbauen

Deutschland hat sich im Berichtszeitraum für vorausschauende humanitäre Hilfe eingesetzt. Damit konnten humanitäre Folgen von Klimakatastrophen vorsorglich abgewendet und verhindert werden, dass gefährdete Menschen in Hunger und Armut abrutschen. Diese Hilfe ist nicht nur würdevoll, sondern verringert auch die Kosten für humanitäre Hilfe. WFP begrüßt das deutsche Engagement für vorausschauende humanitäre Hilfe und spricht sich für den weiteren Ausbau dieses Instruments aus.

2. Humanitäre Budgets an Krisenlage anpassen und Errungenschaften im Bereich mehrjährige und flexible Finanzierung verstetigen

Angesichts der hohen humanitären Bedarfe und großen Finanzierungslücke muss das humanitäre Budget der Bundesregierung weiterhin umfassende Barmittel einplanen, um auf die globale Krisenlage reagieren zu können. Zudem nimmt Deutschland als Geber bei der Bereitstellung von flexiblen und mehrjährigen humanitären Mitteln international eine Vorreiterrolle ein und kommt damit seinen Verpflichtungen im Rahmen des Grand Bargain nach. Um diese Trends zu verstetigen, bedarf es Verpflichtungsermächtigungen für humanitäre Hilfe, um mehrjährige Förderungen zu ermöglichen sowie ausreichend flexible Mittel. 2022 war Deutschland WFPs größter Geber flexibler Mittel und sollte Flexibilität humanitärer Mittel als Priorität beibehalten.

3. Humanitäres Gewicht und Vorreiterrolle in internationalen Foren sowie dem Grand Bargain 3.0. Prozess nutzen, um Unterstützung durch andere Geber zu mobilisieren

Deutschland hat bei der Ausgestaltung des Grand Bargain Prozesses eine zentrale Rolle eingenommen. In Vorbereitung auf einen Folgeprozess sollte Deutschland sein Gewicht im humanitären System nutzen, um eine breite Unterstützung durch andere Geber zur Weiterentwicklung des humanitären Systems zu mobilisieren und eine Verständigung auf prioritäre Themen zu erzielen. Angesichts der Vorreiterrolle bei hochwertiger Finanzierung sollte sich Deutschland in der Gebergemeinschaft zudem dafür einsetzen, die Diskussion zur weiteren Flexibilisierung von humanitären Mitteln fortzuführen. Anknüpfend an die Veränderungen der Organisations- und Arbeitsstruktur im Grand Bargain 2.0 spricht sich WFP auch für eine weitere Verschlinkung der Arbeitsprozesse aus.

4. Humanitäre, entwicklungsorientierte und friedensfördernde Ansätze entlang des *Humanitarian-Development-Peace-Nexus* (HDP-Nexus) besser verzahnen, um humanitäre Bedarfe langfristig zu reduzieren

Vor dem Hintergrund der globalen Ernährungskrise muss Ernährungshilfe als Stellschraube verstanden werden, die Krisen umfassend bekämpft. Das bedeutet einerseits schnelle, bedarfsgerechte humanitäre Hilfe, die in der Not Leben rettet. Andererseits braucht es Investitionen in strukturelle Hungerursachenbekämpfung, die Lebensgrundlagen langfristig verbessern, Klima schützen und Länder stabilisieren. Humanitäre Hilfe ist unabdingbar und muss besser mit entwicklungsorientierten und friedensfördernden Maßnahmen verzahnt werden. Wenn wir gleichzeitig in den Aufbau von klimaresilienten Ernährungssystemen investieren, können wir Menschen auf lange Sicht in die Lage versetzen, sich selbst zu versorgen, humanitäre Bedarfe reduzieren und Sicherheit stärken. Das erfordert auch auf Geberseite ressortübergreifendes Denken und Handeln.

Für Rückfragen zur Stellungnahme wenden sich bitte an CAM.Berlin@wfp.org